

Beschluss des Fraktionsvorstands der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Der Investitionspakt für Deutschland: Digitalisierung und Dekarbonisierung – entlasten, um zu investieren**

### **Digitalisierung und Dekarbonisierung – entlasten, um zu investieren**

Durch die Corona-Krise und ihre Bewältigung steht die Wirtschaft weltweit vor großen Veränderungen - und damit die deutschen Unternehmen vor schwierigen Herausforderungen. Die deutsche Wirtschaft gehört noch immer zur Weltspitze, aber nach acht Jahren Stillstand durch die Politik der Großen Koalition droht sie im Wettbewerb zurückzufallen. Für ihren internationalen Erfolg, insbesondere bei den Megatrends Digitalisierung und Dekarbonisierung, sind in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen notwendig. Dessen sind sich auch die Unternehmen bewusst. Darum müssen wir jetzt einen mutigen Schritt nach vorne wagen: Wir brauchen einen Investitionspakt für ein Modernisierungsprogramm im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Einen Pakt, der Entlastungen durch den Staat und Investitionen der privaten Wirtschaft zusammenführt, um endlich die Investitionstätigkeit auf insgesamt 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, wollen wir einen Pakt mit der deutschen Wirtschaft und den Bürgern schließen. Unser Angebot: **Für jeden Euro Entlastung erbringt die Wirtschaft zwei Euro an Investitionen.**

Im Jahr 2020 lagen die Bruttoanlageinvestitionen laut statistischem Bundesamt bei 22 Prozent des BIP. Das sind gut 19 Prozentpunkte private und knapp drei Prozentpunkte staatliche Investitionen. **Unser Ziel ist es, die Investitionen auf 25 Prozent zu steigern** – das sind drei Prozent des BIP zusätzlich und entspricht etwa 120 Milliarden Euro jährlich, die in den Wirtschaftsstandort Deutschland investiert werden.

### **Wie kann ein solcher Investitionspakt konkret aussehen?**

In diesen Zeiten werden die Rufe nach staatlichen Mitteln und einer Ausweitung der staatlichen Aufgaben immer lauter. Mehrere hundert Milliarden Euro solle der Staat zusätzlich investieren. Wir fordern hingegen, dass der Staat sich auf seine Aufgaben konzentriert: Investitionen in Bildung, die digitale und die Verkehrsinfrastruktur sind und bleiben Kernaufgabe des Staates und müssen schneller und effizienter umgesetzt werden. Dafür bedarf es einer

Umschichtung von öffentlichem Konsum zu öffentlichen Investitionen. Aber das allein genügt nicht, denn: Im Jahr 2020 kamen rund 13 Prozent der Investitionen vom Staat. Ganze 87 Prozent hingegen hat der private Sektor beigetragen. Staatliche Investitionen dürfen nicht zu Steuererhöhungen, zur Verdrängung von privaten Investitionen und überbordender Verschuldung führen. Das wäre das Gegenteil dessen, was ein echtes Investitionsprogramm bezwecken sollte und würde nicht zu dem Wachstum führen, das wir uns erhoffen.

Zu der Einsicht, dass immer mehr staatliches Geld nicht immer mehr hilft, ist inzwischen sogar der Bundesfinanzminister gekommen. Aufgrund der massiven Abflussprobleme des Bundes bei den Investitionen hat er die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel zuletzt sogar gekürzt. So sieht der erste Nachtrag zum Bundeshaushalt 2021, trotz des erhöhten Gesamtvolumens, 2,5 Milliarden weniger für Investitionen vor, als der ursprünglich beschlossene Haushaltsplan für 2021. Im Vergleich zum Haushalt 2020 sind es sogar 12 Milliarden weniger.

Es sind die Unternehmen und die Bürger, die wirksame und schnelle Investitionen tätigen können. Der Staat hingegen agiert häufig viel zu bürokratisch und zu behäbig. Seit Jahren beobachten wir, dass die Investitionsmittel der öffentlichen Hand nur schleppend oder manchmal sogar gar nicht abfließen. So gelingt es beispielsweise nicht, das vergleichbar überschaubare Volumen von fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen auszuzahlen - davon sind gerade einmal zwei Prozent in den Schulen angekommen. Gleiches gilt für den Breitbandausbau. Wie soll der Staat also jemals hunderte Milliarden Euro an dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen realisieren? Die erste Aufgabe muss deshalb sein, dass die vorhandenen Mittel auch zu staatlichen Investitionen führen.

Uns läuft die Zeit davon. Wir können uns nicht erlauben, auf einen schwerfälligen Staat zu warten, um Zukunft zu gestalten. Stattdessen müssen wir jetzt den Startschuss für private Investitionen in Deutschland geben! Als Freie Demokraten wissen wir, dass dieses Vorhaben nicht ohne die Kräfte der Marktwirtschaft funktionieren kann. Was wir nun brauchen, ist ein Investitionssignal.

**Zurzeit drückt der Staat bei den Unternehmen auf die Investitionsbremse.** Bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen befindet sich Deutschland in der absoluten Spitzengruppe der OECD-Länder. Seit diesem Jahr hat selbst Frankreich einen niedrigeren Körperschaftsteuersatz. Doch das ist nicht der einzige Standortnachteil: Durch die OECD-weit höchste Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen werden die Arbeitskosten in Deutschland künstlich in die Höhe getrieben, wodurch sich Investitionen hierzulande weniger lohnen. Die Folge sind vergleichsweise niedrige Investitionen in Deutschland: In den 2010er Jahren - einer Dekade, in der viele den Eindruck solide wachsenden Wohlstands hatten - sind die Bruttoinvestitionen durchschnittlich nur um 2,8 Prozent gestiegen, die

Abschreibungen hingegen um 3,6 Prozent pro Jahr. Das bedeutet: In Deutschland wurde zwar weiterhin mehr investiert, als alte Gebäude, Produktionsanlagen und Patente abgeschrieben werden mussten. Aber der Abstand ist kleiner geworden. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Trend zu brechen, steuern wir geradewegs auf einen Zustand zu, in dem der volkswirtschaftliche Kapitalstock Jahr für Jahr schrumpft.

Es ist nun die Aufgabe der Politik, Anreize für neue Investitionen zu setzen. Unser **Investitionssignal heißt Entlastung** - damit mehr private Investitionen ausgelöst werden. Man kann empirisch nachweisen, dass eine Senkung der Unternehmensbesteuerung um einen Prozentpunkt die Investitionen viermal so stark steigen lassen kann. Dieser Multiplikatoreffekt ermöglicht selbst bei vorsichtiger Schätzung ein ganz besonderes Angebot: Unser Ziel ist es, einen Investitionspakt mit der deutschen Wirtschaft zu schließen - durch spürbare steuerliche Entlastungen der Unternehmen. Um auf einen dynamischen Wachstumspfad zu kommen, wollen wir die staatliche Entlastungszusage und die privaten Investitionen zusammenführen. Der Staat muss das Geld nicht erst einnehmen, um es dann auf wenig effizienten Wegen wieder auszugeben, sondern er muss die Rahmenbedingungen für zügige und nachhaltige Investitionen schaffen, indem die Steuerlast gesenkt wird. Daneben müssen die Genehmigungsverfahren als Voraussetzung schnellerer privater Investitionen beschleunigt und entschlackt werden.

Im Gegenzug kann das zur Verfügung stehende Geld von der Wirtschaft investiert werden. Unser Ziel: Für jeden Euro Entlastung erbringt die Wirtschaft zwei Euro an Investitionen. Wichtig dabei ist, dass der Staat ein Angebot und keine Vorschriften macht. Wir wollen das Gespräch suchen und mit der Wirtschaft an einem gemeinsamen Ziel arbeiten, jeder mit seinen eigenen Instrumenten. Davon profitiert nicht zuletzt auch wieder der Staat, durch konstantes Wachstum, Arbeitsplätze und sprudelnde Steuereinnahmen in den Folgejahren.

### **Der Investitionspakt für ein Modernisierungsprogramm**

Die FDP-Bundestagsfraktion hat wiederholt Initiativen zur Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten vorgelegt. Die nächste Regierungskoalition muss entscheiden, wie viel Kraft sie aufbringen kann, um die Weiterentwicklung einer modernen Wirtschaft zu gewährleisten. Die Höhe der Entlastungen steht in direktem Zusammenhang mit dem Wachstumserfolg der kommenden Jahre. Wenn die Regierungskoalition investitionsorientierte steuerliche Entlastungen zur obersten Priorität macht, können wir einen schnellen Wachstumspfad erreichen, um die Digitalisierung und Dekarbonisierung zügig auf den Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen. Um die Investitionstätigkeit in Deutschland auf 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu bringen, sind bis zu 120 Milliarden Euro pro Jahr notwendig.

Entlastungen sind keine Geschenke an die Unternehmen, auch wenn manche sie gerne so bezeichnen. Im Gegenteil, sie sind die grundlegende Voraussetzung dafür, dass wir in den nächsten Jahren Wachstum generieren.

### **Aus einem Euro Entlastung werden zwei Euro Investitionen**

- bis zu 120 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen privaten Investitionen in Dekarbonisierung und Digitalisierung
- Investitionen führen direkt zu höheren Steuereinnahmen
- Investitionen erhöhen die Produktivität und sorgen für eine neue Wachstumsdynamik
- Investitionen sorgen für mehr Beschäftigung und damit für eine strukturelle Entlastung der Sozialsysteme, weil durch Beschäftigung aus Empfängern Einzahler werden
- bestehende milliardenschwere Rücklagen im Bundeshaushalt können eine Anschubfinanzierung darstellen
- insgesamt: bis zu 600 Milliarden Euro private Investitionen in 5 Jahren

**In einem nächsten Schritt brauchen wir ein Spitzengespräch mit der deutschen Wirtschaft, um diesen Investitionspakt vorzuschlagen.** Mit einem Angebot an die Wirtschaft und ihrem erkennbaren Willen zur Umsetzung ihrer Ideen wäre eine solche Entlastung möglich und der Wachstumspfad würde konkrete Form annehmen. Jetzt ist es an der Zeit, die deutsche Wirtschaft fit für den globalen Wettbewerb zu machen!

Ansprechpartner:  
Christian Dürr, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender  
Telefon: 030 227 77260 – E-Mail: christian.duerr@bundestag.de